

Az.: 459.141.000 (Ji/St)  
580.100.118  
100.510.000

Öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 10. Mai 2006

R. Pr. Nr. 55

**Maßnahmen für die Verbesserung der Situation im Horbachpark**  
**- Entscheidung über den Maßnahmenkatalog**

---

**Beschluss: (einstimmig)**

- 1. Die Allgemeinverfügung für den Horbachpark wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Dem beigefügten „Maßnahmenkatalog Horbachpark“ wird zugestimmt.**

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Der Horbachpark ist eine öffentliche Grünanlage, die ohne räumliche und zeitliche Beschränkung geöffnet ist und der Bevölkerung zur Naherholung zur Verfügung gestellt ist. Mit zunehmender Tendenz werden Uferbereiche des Horbachsees, die Rasenarena, der Bereich um die Albgauhalle und das Schulzentrum als Treffpunkt für Gruppen Jugendlicher und junger Erwachsener, insbesondere auch problembehafteter Gruppen aus der nahen Umgebung genutzt. Dies führt nachweislich dazu, dass Gruppen mit zum Teil über 300 Personen in den Sommermonaten sich bereits nach Schulschluss bis spät in die Nacht in diesen Bereichen niederlassen, um dort mitgebrachte alkoholische Getränke zu verkonsumieren.

Dies ist insoweit nicht zu beanstanden, wären damit nicht negative Begleiterscheinungen verbunden, die regelmäßig ein polizeiliches Einschreiten notwendig machen.

Die Polizei musste allein von März bis Mitte Mai 2005 im Horbachpark bei 35 Vorkommnissen einschreiten. Die Feststellungen reichen von Pöbeleien unter Jugendlichen, über Sachbeschädigungen an Straßenlaternen, Lärmbelästigungen, Verunreinigungen der Grünflächen bis hin zu versuchten und begangenen Diebstahlsdelikten und gefährlichen Körperverletzungen. In nahezu allen Fällen war das unangepasste Verhalten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch den Genuss von Alkohol begünstigt.

Angesichts dieser Feststellungen wurde am 20. Juni 2005 (Kenntnisnahme durch den Verwaltungsausschuss in der nichtöffentlichen Sitzung am 14.06.2005, Pr. Nr. 21) durch die Stadt Ettlingen eine befristete Allgemeinverfügung mit dem Verbot erlassen, sich im Horbachpark (und dem nahe gelegenen Festplatz, wohin ein Verdrängungseffekt zu erwarten gewesen wäre) aufzuhalten und dabei exzessiv Alkohol zu trinken, wenn sich daraus ein gemeinschädliches oder belästigendes Verhalten entwickelt. Folge war, dass die Vergehen und die Sachbeschädigungen deutlich zurückgingen.

Am 7. April 2006 musste der Polizeivollzugsdienst um 21:30 Uhr erneut mit mehreren Streifen im Horbachgelände einschreiten, nachdem dort eine größere Anzahl von Personen in alkoholisierten Zustand handgreiflich wurde und es zu Körperverletzungsdelikten kam, die den Einsatz von Rettungskräften notwendig machten. Weitere Berichte des Polizeireviers Ettlingen über Vorkommnisse am 11.04.2006 und in der Nacht auf den 12.04.2006 belegen, dass auch in

diesem Jahr der Horbachpark wieder von Gruppen heimgesucht wird, die sich unter Alkoholeinfluss nicht mehr unter Kontrolle haben, zu Körperverletzungen neigen, Abfall und Scherben hinterlassen und ein provokantes und despektierliches Verhalten gegenüber den Ordnungskräften an den Tag legen.

Maßnahmenkatalog:

1. Gerade im Interesse der vielen jungen Leute, die sich friedlich im Horbachpark treffen wollen und die das Gelände auch in Ordnung halten, gelten alle Anstrengungen, die Gruppen von "Stressern" vom Horbachpark fernzuhalten. Daher wurde mit dem neuerlichen Erlass der Allgemeinverfügung vom 12.04.2006 ein erstes Zeichen gesetzt.
2. Für die präventive Vorsorge im Horbachpark wird gemeinsam mit der Polizei und der geschäftsführenden Schulleitung ein „Präventionsplan Horbachpark“ entwickelt. Die ersten Ergebnisse werden in der Sitzung mündlich mitgeteilt. Gegebenenfalls sind bestimmte Maßnahmen vom Gemeinderat entsprechend zu verabschieden.

In der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 25.04.2006 wurde dieser Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung mit dem Hinweis abgesetzt, dass hierüber in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 10.05.2006 entschieden werden soll. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderats zugingen, wird hingewiesen.

- - -

Bürgermeisterin Petzold-Schick erläutert, dass das Thema Horbachpark nicht neu sei, die Situation sich derzeit jedoch zuspitze. Sie verweist auf ihr als Anlage beigefügtes Konzept und erläutert, dass in diesem die verschiedenen Aspekte berücksichtigt worden seien. Ihrer Meinung nach nütze eine Maßnahme alleine nichts, daher sei ein Katalog in Zusammenarbeit mit der Polizei u. a. erarbeitet worden. Beispielsweise gehöre hier auch die polizeiliche Verordnung als ordnungspolitische Maßnahme dazu. Sie ergänzt, das Ziel sei, den Horbachpark für Jugendliche zu stärken.

Stadtoberverwaltungsrat Lehnhardt erläutert die ordnungspolitischen Maßnahmen anhand einer Power Point Präsentation: Vorgesehen sei

- der Erlass einer Allgemeinverfügung als Grundlage für das Einschreiten bei exklusivem Alkoholkonsum,
- die Erhöhung der Präsenz von Ordnungskräften,
- sowie Jugendschutzkontrollen im Hinblick auf Abgabeverbot von Alkohol an Kinder und Jugendliche an Getränkeverkaufstellen.

Bürgermeisterin Petzold-Schick ergänzt, dass eine Person aus dem Gemeindevollzugsdienst, die sich bereits im Ruhestand befindet, als geringfügige Beschäftigung aushelfen würde. Des Weiteren sollen jugendpädagogische Maßnahmen angeboten werden.

Leiter des Amtes für Jugend, Familie und Senioren Hauns erläutert zu den jugendpädagogischen Maßnahmen, dass beispielsweise ein Projekt mit engagierten Jugendlichen, die Einbeziehung der Jugendsozialarbeit an den Schulen, die zeitweise Verlagerung des „Offenen Treffs“ des Jugendzentrums Specht in den Horbachpark und zusätzliche Freizeit- und Sportangebote geschaffen werden sollen.

Bürgermeisterin Petzold-Schick gibt zu bedenken, dass der Interessensausgleich (Nachbarschaftsinteresse, Jugendschutz, ordnungspolitische Maßnahmen) Aufgabe der Verwaltung sei. Bezüglich des Stellenplans gebe es keine Schwierigkeiten, da eine Stelle in diesem Bereich frei werde und neu besetzt werden könne. Diese neue Stelle habe dann auch die Aufgabe, im Horbachpark präsent zu sein.

Herr Werthaler erklärt, dass die Entwicklung im Horbachpark in den letzten zwei Jahren anders sei, als in den Vorjahren. Außerdem sei der Horbachpark ein zentraler Anlaufpark für Jugendliche und dies sei seiner Ansicht nach auch richtig so. Er zitiert Vorfälle aus verschiedenen Polizeiberichten. Er führt weiter aus, dass 95 % bis 97 % der Jugendliche dort friedlich ihre Zeit verbringen wollen und lediglich 2 % bis 5 % „Randalierer“ seien. Er erklärt auch, dass wenn die Polizei vor Ort gerufen werde, eine Ordnungswidrigkeit bereits vorliege. Die Stadt hingegen kümmere sich um vorbereitende und begleitende Maßnahmen. Er weist auch auf die Problematik hin, dass wenn die Polizei bei Auseinandersetzungen eintreffe, dies nicht gewünscht sei und die Opfer aus Angst keine Aussage machen würden. Außerdem würde auch die Präsenz der Polizei alleine im Horbachpark nicht mehr ausreichen. Ebenso wolle die Polizei alle rechtlichen Maßnahmen ausschöpfen, dies bedeute Platzverweise in verschiedenen Stufen und die Androhung von Geldbußen.

Oberbürgermeisterin Büsselmann weist daraufhin, dass im letzten Jahr auch viele Jugendliche von außerhalb den Horbachpark besucht hätten und es Aufrufe zum Komasaufen gegeben habe. Des Weiteren rede man hier über eine Uhrzeit ab 23:00 Uhr, wo ihrer Meinung nach Jugendliche nicht mehr im Horbachpark Musik zu hören hätten.

Herr Ochs bestätigt, dass ca. 20 % der Jugendlichen von außerhalb seien und in Ettlingen kein Aufruf zum Komasaufen nötig sei, da dies fast täglich vorkomme.

Bürgermeisterin Petzold-Schick bittet nun Fragen an Herrn Werthaler zu stellen, da dieser noch zu einem anderen Termin müsse.

Stadtrat Lorch erkundigt sich nach dem Großscheinwerfer, der im Jahr 2004 angebracht worden sei und ob dieser etwas gebracht habe. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Aufstellung von Flaschengroßcontainern sinnvoll wäre.

Stadträtin Lumpp informiert sich über die Altersgruppe der Straftäter und wie viele Jugendliche unter 16 Jahren sich im Horbachpark betrinken würden. Weiterhin möchte sie die Auswirkungen und das weitere Verfahren wissen, wenn dies der Fall sei.

Stadtrat Künzel bedankt sich bei Herrn Werthaler für die Ausführungen und bittet um eine Aussage, ob die Polizei nur auf Aufforderung komme oder auch in Zivil im Horbachpark präsent sei.

Herr Werthaler berichtet, dass der Anteil der 16jährigen und jünger eher gering sei. Auch sei es so, dass Volljährige oder Jugendliche den Alkohol beschaffen und gegebenenfalls an jüngere weiter geben würden. Die Mitnahme zur Ausnüchterung sei bei unter 16 jährigen nicht der Fall gewesen und bei den über 16jährigen sei dies auch nur selten der Fall. Meist handle es sich um Keilereien zwischen Jugendlichen die wissen, dass andere Jugendliche sich dort auch zusammenfinden.

Herr Werthaler informiert, dass der Horbachpark ein Brennpunkt polizeilicher Präsenz sei. Um 22:00 Uhr seien dann die Jugendlichen im Horbachpark, die sich betrinken wollen. Die Polizei könne hier nicht immer präsent sein, da sie sich -besonders bei gutem Wetter- noch mit vielen anderen Vorfällen beschäftigen müsse.

Stadträtin Saebel erkundigt sich, ob eine Mitteilung an die Eltern bei hohem Alkoholkonsum erfolge und ob die Polizei bezüglich der „Stresser“ mit den Eltern zusammenarbeite.

Stadtrat Worms berichtet, dass er gehört habe, dass die Polizei einige Jugendliche herausziehen und zur Verantwortung ziehe, damit der Platz später sauber sei.

Stadträtin Dr. Eyselen ist der Meinung, dass eine Beleuchtung am Pavillon als Schutz dienen würde und erkundigt sich, ob diese Maßnahme umgesetzt werden könnte. Des Weiteren möchte sie wissen, ob Alkoholkontrollen auch ohne Zwischenfälle erlaubt seien.

Herr Wernthaler bestätigt, dass eine Beleuchtung am Pavillon positiv sei. Ebenso seien Alkoholkontrollen sinnvoll, jedoch könnten diese anhand eines Alkomats nur auf freiwilliger Basis durchgeführt werden. Man habe dies versuchsweise durchgeführt und festgestellt, dass die Kontrollen das Gegenteil bewirken, denn es würde einen Wettbewerb unter den Jugendlichen geben, wer den meisten Alkohol vertrage. Wenn die Jugendlichen sehr betrunken seien, wäre die Grundlage für einen Test vorhanden und diese würde dann auch durchgeführt werden. Zur Aussage von Stadtrat Worms lässt er wissen, dass man Personen herauspicken würde, die der Polizei bekannt sind, denn andere Jugendliche würden diesen dann aus Solidarität beim Aufräumen helfen. Er ergänzt, dass eine Zusammenarbeit mit den Eltern zwar wünschenswert aber schwierig sei.

Oberbürgermeisterin Büsselmann erläutert, dass der ADAC einen Test durchgeführt habe, in dem Personen Alkohol trinken und dann eine Selbsteinschätzung bezüglich ihres Alkoholgehalts abgeben. Sie schlägt vor, dies mit den Jugendlichen auch durchzuführen.

Stadtrat Palermo hält es für richtig, dass die Jugendlichen einen Platz haben an dem sie sich treffen könnten. Er erkundigt sich, ob es Statistiken gebe, welche Nationalitäten sich dort treffen und ob Fälle von Rauschgiftkonsum oder Vergewaltigungen bekannt seien.

Stadtrat Müller berichtet, dass einige Mitglieder seiner Fraktion an einem Freitagabend im Horbachpark vor Ort gewesen seien und dass die „Stresser“ eine bestimmte Nationalität hätten. Er erkundigt sich, ob es nicht die Möglichkeit gebe, diese richtig zu bestrafen.

Stadtrat Künzel stellt fest, dass es im Horbachpark Probleme ab 22:00 Uhr gebe und die Leute nicht aus Ettligen seien. Er möchte wissen, ob es diesbezüglich eine Zusammenarbeit mit der Polizei anderer Städte gebe.

Herr Wernthaler informiert über den Verdrängungseffekt und das beispielsweise der Schlossgarten in Karlsruhe um 22:00 Uhr schließe und die Leute dann u. a. nach Ettligen kommen würden. Er weißt jedoch daraufhin, dass die Problemgruppe aus Ettligen käme und diese der Polizei auch bekannt sei. Er führt weiter aus, dass die Polizei das Problem habe, dass die Geschädigten keine Aussage bei der Polizei machen wollen, aus Angst bedroht zu werden. Man könne die Leute nicht belangen nur weil sie der Polizei bekannt seien, daher würden dringend Zeugenaussagen benötigt werden. Er lässt weiterhin wissen, dass die Polizei Druck auf die „Stresser“ ausübe: Hierbei handle es sich vor allem um Ausländer, die sich in bestimmten Gruppen oder Vereinen gruppieren und man so eventuell Druck über den Verein ausüben könnte. Bezüglich der Zusammenarbeit mit den Eltern informiert er, dass ihm mindestens zwei Fälle bekannt seien, in dem die Jugendlichen anschließend von den Eltern Prügel bezogen haben, nachdem die Polizei dort gewesen sei. Zur Frage von Stadtrat Palermo antwortet er, dass der Polizei bisher kein Fall von Rauschgift oder Vergewaltigung bekannt sei.

Bürgermeisterin Petzold-Schick weist daraufhin, dass auch Fragen an die Vorsitzende des Jugendgemeinderats, Frau Annika Bleier gestellt werden könnten und bedankt sich bei Herrn Wernthaler für die Teilnahme an der heutigen Sitzung.

Herr Ochs lässt wissen, dass der im Jahr 2004 angebrachte Scheinwerfer sich bewährt habe, er aber von der Anbringung weiterer Scheinwerfer absehen würde, da diese unnötig seien. Um das Müllproblem in den Griff zu bekommen schlägt er vor, testweise große Container aufzustellen, denn die Jugendlichen würden als Ausrede immer wieder vortragen, dass die Mülleimer zu klein seien. Gleichzeitig sieht er jedoch die Gefahr, dass es künftig bei den Schlägereien zum Einsatz von Glas kommen könnte. Seiner Ansicht nach seien die problematischen Gruppen im Horbachpark vor allem türkischer und albanischer Abstammung. In Ettligen gäbe es meist 25 bis 30 Personen, die repräsentativ gegen ansässige Jugendliche vorgehen würden. Er berichtet weiter, dass ihm kein Fall bekannt sei, bei dem der gleiche „Schläger“ sein Opfer nach einer Anzeige nochmals attackiert habe.

Bürgermeisterin Petzold-Schick weist daraufhin, dass es große Glascontainer im unterirdischen Bereich gebe, die Öffnung jedoch nicht gefunden werden würde. Sie verspricht, dass Sie Herrn Metzgen bitten werde die Öffnungen besser zu kennzeichnen.

Stadtrat Deckenbach erkundigt sich, wie die unterschiedlichen Bestrafungen, von der Geldstrafe bis zum Platzverweis, kontrolliert werden würden.

Herr Ochs berichtet, dass ihm bekannt sei, wem er Platzverweise erteilt habe. Man habe jedoch das Problem, dass die Kollegen, die anschließend Dienst haben, dies nicht mitbekommen würden. Die Polizei sei daher dazu übergegangen, schriftliche Platzverweise zu erteilen, die dann in einem gesammelten Ordner für die Streife bereit liegen. Des Weiteren könne er mitteilen, dass die Platzverweise meistens befolgt werden würden.

Oberbürgermeisterin Büssemaker informiert, dass sich die gleiche Problematik im Entenseepark entwickle.

Stadträtin Lumpp gibt bekannt, dass es nahe des Horbachparks drei Glascontainer gebe und die Jugendlichen nur zu faul seien dort hinzulaufen.

Stadträtin Dr. Langguth plädiert dafür, dass der Horbachpark für Jugendliche erhalten bleibe, da der größte Teil der Jugendlichen nette und friedliche Leute seien. Ihrer Meinung nach, seien die Platzverweise ein guter Weg, um die wenigen „Stresser“ auszusortieren. Sie führt weiter aus, dass die Allgemeinverfügung im letzten Jahr gut gewesen sei und für dieses Jahr wieder erlassen werden sollte. Auch halte sie die Polizeieinsätze für dringend erforderlich und sie wisse von Jugendlichen, dass die Präsenz von Herrn Ochs sehr gute Wirkung zeige. Sie plädiert dafür, dass der gemischte Streifendienst nicht nachmittags sondern abends und an den Wochenenden eingesetzt werde. Bezüglich des Maßnahmenkataloges erläutert sie, dass sie die Einbeziehung des Jugendzentrums Specht für gut heiße. Sie schlägt vor, dass wenn man Hinweise auf die Nationalitäten der „Stresser“ habe, die autoritären Personen dieser Gruppen zu finden und in das Programm einzubeziehen. Sie ist auch der Meinung, dass Jugendliche beispielsweise beim Aufräumen helfen sollten.

Stadträtin Dr. Eyselen stimmt der Vorlage zu und begrüßt vor allem die jugendpädagogischen Maßnahmen. Sie merkt an, dass die Problematik eher abends als nachmittags vorhanden sei. Des Weiteren bittet sie um Prüfung, ob eine Beleuchtung am Pavillon möglich sei.

Stadtrat Lorch erläutert, dass der Horbachpark Erholungsraum für ein breites Spektrum der Bevölkerung (Kleinkinder, Leute aus dem Albert-Stehlin-Haus, etc.) sei. Es ergebe sich jedoch die Problematik, dass morgens Scherben von den Jugendlichen herumliegen und dann die Mütter mit ihren Kleinkindern kommen würden. Er führt weiter aus, dass die Allgemeinverfügung im letzten Jahr gezogen habe, aber sehr kompliziert formuliert sei und umformuliert werden müsste. Ebenso rege er eine plakative Darstellung an. Des Weiteren ist er der Ansicht, dass auch die Eltern herangezogen werden müssten. Er verweist auf den schmalen Weg zum Parkplatz und dass dort Poller eingesetzt werden müssten, damit die Autos nicht nach hinten fahren können. Des Weiteren schlägt er vor, eine Hundestaffel einzusetzen. Er stimmt dem Maßnahmenkatalog zu und fordert eine Behandlung mit Konsequenz und Härte, aber auch mit Fingerspitzengefühl.

Stadträtin Saebel begrüßt das Maßnahmenpaket der Verwaltung, da dieses nicht nur polizeiliche Maßnahmen enthalte. Auch gibt sie zu verstehen, dass am Ende des Sommers Bilanz gezogen werden müsse. Ihr sei bewusst, dass die Anwohner des Parks leiden und Besucher Angst hätten und sie daher vorschläge, dass möglichst häufig Ansprechpartner vor Ort sind. Sie ist auch der Ansicht, dass die Eltern einbezogen werden müssten, damit diese wissen, was ihre Kinder in ihrer Freizeit treiben.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker merkt an, dass in der heutigen Sitzung auch Elternvertreter des Gesamtelternbeirates anwesend sind und bittet diese, die Anregungen weiterzugeben.

Stadträtin Lumpp informiert, dass das Bild der Jugendlichen in der Öffentlichkeit im Moment nicht gut sei. So würden beispielsweise drei Jugendliche, die mit zwei Kisten Bier in den Horbachpark wandern, auch in dieses Bild einbezogen werden. Für sie sei die Art und Menge des Alkoholkonsums im Horbachpark erschreckend und Alkoholexzesse und Randalen sollten künftig vermieden werden. Ihrer Meinung nach sei das kritische Alter schon ab zwölf Jahren erreicht und die Jugendlichen sollten darüber nachdenken, was für ein Bild sie auf jüngere Leute abgeben. Sie stimmt dem Verwaltungsvorschlag und dem Maßnahmenkatalog zu.

Stadtrat Künzel stimmt dem Beschlussvorschlag zu und bedankt sich bei der Verwaltung für die Erarbeitung der konkreten Maßnahmen. Seiner Meinung nach seien nicht nur Ettlinger Jugendliche die „Stresser“, da auch Leute, beispielsweise aus Karlsruhe, ihren Beitrag zu den Randalen leisten würden. Auch würde sich die FDP grundsätzlich für eine zusätzliche Stelle aussprechen.

Ohne weitere Aussprachen wird einstimmig vorstehender Beschluss gefasst.

gez.  
Gabriela Büsse-maker  
Oberbürgermeisterin

- - -